Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitmerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur vormittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 49. | Dresden, Donnerstag den 28. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Der Reichstag über Streik und Russenfrieden.

Ein bedenklicher Friedensschluß.

Am Dienstag und Mittwoch setzten die Parteien des Reichstages die Aussprache über die innere und äußere Lage fort. Das Hauptspiel des Dienstags bestand in der Bekanntgabe des Ultimatums, das die Mittelmächte als Antwort auf die Kapitulation Rußlands an die Volkskommissare richteten und das wir an anderer Stelle abdrucken. Eines der unerfreulichen Ergebnisse der beiden Debattetage bleibt, daß außer den Sozialdemokraten keine Partei gegen diese erweiterten Brester Bedingungen protestierte. Aus Berlin wird berichtet, daß „an zuständiger Stelle" noch keinerlei Meldung über ein Eintreffen der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk vorliegt. Man kann es den Russen auch nicht verdenken, wenn sie diesen Friedensvertrag nicht in rasender Eile unterzeichnen, denn die neuen Bedingungen sind hart. Rußland entäußert sich danach jeden Einflusses auf die Gebiete aller Ostseeprovinzen, Litauens, Polens, Finnlands und der Ukraine. Das Ultimatum der Mittelmächte muß noch im Laufe dieser Woche unterzeichnet sein, sonst wird der Friedensvorschlag hinfällig. Es wird unterzeichnet werden; denn zur Gegenwehr ist Rußland nicht imstande. Sein Heer ist auseinandergelaufen, hungert und ist kampfmüde.

Zum abschreckenden Beispiel für andere Länder haben die Bolschewiki den „Kampf gegen den Militarismus" so geführt, daß sie nun einen Vertrag hinnehmen müssen, der mit unserem Ideal vom Verständigungsfrieden nichts mehr zu tun hat. In territorialer Beziehung zwar enthält das Ultimatum keine großen Abweichungen gegenüber den Forderungen in Brest, aber zur Losreißung der Westprovinzen wird noch die vorläufige polizeiliche Besetzung von Livland und Estland kommen. Der Vertrag ließe sich noch hinnehmen, wenn es der Bevölkerung der baltischen Provinzen überlassen bliebe, sich mit ihrer staatlichen Selbständigkeit an Deutschland oder Rußland nach freiem Ermessen anzuschließen, doch der Text des Ultimatums erschwert diese Möglichkeit. Die Sozialdemokratie wird nach Kräften dafür kämpfen müssen, daß die Grenzvölker wirklich feste Regierungen erhalten, geschaffen auf demokratischer Grundlage, ehe sie sich endgültig und vielleicht durch unkündbare Verträge zur Anlehnung nach Osten oder Westen entscheiden, denn ohne Anschluß an einen der Großstaaten werden sich die neuen Staaten schwerlich entwickeln können; dazu ist die moderne Tendenz zu großen Wirtschaftsreichen zu stark.

Ein neuer Zusatz ist auch die Verpflichtung Rußlands, die Ukraine und Finnland unverzüglich zu räumen, mit der Ukraine sofort Frieden zu schließen und die völlige Demobilmachung des russischen Heeres, „einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile", durchzuführen. Die neue Rote Armee und die Roten Garden sind die Stützen des bolschewikischen Regimes. Wenn sie wirklich aufgelöst werden, läutet auch die Sterbeglocke der Trotzki-Leninschen Diktatur. Das Ultimatum bedeutet also nicht nur eine Einmischung in die Schicksalsgestaltung der russischen Randstaaten, sondern auch eine — milde gesagt — Beeinflussung der inneren russischen Verhältnisse. Segen für Deutschland kann sich daraus nur versprechen, wer sich auf die Ansicht festgebissen hat, Rußland müsse nicht nur geschlagen, sondern auch auch zerschlagen werden. Im ersten Teil des Ultimatums wird gewünscht, daß beide Nationen fortan „in Frieden und Freundschaft zusammen leben". Das klingt sehr schön, ist aber weiter nichts als die einzige milde Redensart des ganzen Textes. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen uns und dem östlichen Nachbar wird solange dauern, solange sich die künftigen Regierungen in Petersburg genötigt sehen, die Verengerung und Verschlechterung der russischen Basis an der Ostsee und die Selbständigkeit ehedem russischer Provinzen mit Reserve zu betrachten. Wie lange — das wird von künftigen europäischen Konstellationen abhängen, die wir vorläufig nicht in der Hand haben. Zunächst verliert Rußland von seinen 170 Millionen Bewohnern einschließlich der Ukraine, mehr als ein Drittel, büßt seine eisfreien Häfen ein und wird sich von Süden und Norden zusammengequetscht fühlen. Eine harmonische Zukunft kann nach politischem Ermessen daraus kaum erwachsen.

Gewiß ist es die Schuld der Bolschewiki, daß das mit soviel Hoffnungen begrüßte Werk von Brest eine so scharfe Spitze gegen Großrußland bekommen hat. Hätten die Volkskommissare die Armee zusammengehalten und unterhandelt, statt die Verhandlungen abzubrechen und resultatlos in die Heimat zu fahren, dann wäre das Ostproblem politisch und nicht derart militärisch gelöst worden. Aber trotz dieser bolschewikischen Grundfehler hätte man doch von der deutschen Regierung verlangen können, daß sie bei aller Gunst der Lage mehr Weitblick aufgebracht hätte als etwa Stresemann und Westarp die diesem Friedensvertrag leichten Herzens zustimmen können. Wir können das nicht, sondern müssen alle weitere Verantwortung dafür denen überlassen, die diesen unzulänglichen Frieden zustande gebracht haben.

Gewalt oder Vernunft?

Ueber die Debatten vom Dienstag wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Am zweiten Tage der Etatsdebatte kamen nach einer nüchternen Finanzrede des Schatzsekretärs die Redner aus dem Hause zum Wort. Der Reichstag stand unter dem Eindruck der gestrigen Abstrafung, die Herr v. Payer an den Konservativen vollzogen hat. Hierzu und zu den großen schwebenden Fragen Stellung zu nehmen, war die Aufgabe der Vertreter der Fraktionen.

Herr Trimborn vom Zentrum sprach Punkt um Punkt gesalbte Billigung für die Politik Hertling-Payer aus. Auf die Frage des preußischen Wahlrechts ging er nicht näher ein, bekundete aber den Gegensatz seiner Partei gegen die Konservativen, indem er ausdrücklich das erste Auftreten Payers begrüßte und von der erfreulichen Frische sprach, die Payer nach längerer Krankheit gezeigt habe. Hinsichtlich der auswärtigen Politik verdient bemerkt zu werden, daß Trimborn, Hertlings Worte über Belgien besprechend, betonte, dieses Land solle so gestellt werden, daß es ebensowenig wie von der Entente von Deutschland abhängig sein solle. Recht scharf sprach Trimborn gegen die Streikbewegung; er erklärte, daß seine Partei die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage nicht billigen könne. Hierbei wurde er durch Zwischenrufe daran erinnert, daß auch die christlich organisierten Arbeiter am Streik teilgenommen haben.

Nachdem Unterstaatssekretär v. d. Busche die Friedensbedingungen mit Rußland bekanntgegeben hatte, nahm unser Parteigenosse Scheidemann das Wort zu einer Rede, die vom ganzen, sehr stark besuchten Hause mit größter Aufmerksamkeit angehört wurde und überaus wirkungsvoll war. In ziemlichem Abstande vom Zentrumsredner schlug unser Redner scharfe, kritische Töne an, insbesondere in der Behandlung der Streikfrage.

Scheidemann besprach zunächst den Frieden mit Rußland. Er zeigte, daß wir Sozialdemokraten bei aller Genugtuung über das Ende des Krieges im Osten volles Mitgefühl empfinden mit dem furchtbaren Trauerspiel, das das russische Volk erschüttert. Er betonte, daß wir dem russischen Volke ein anderes Los gewünscht haben, aber er konnte auch nicht umhin, die Schuld der bolschewikischen Politik an diesem Gang der Dinge festzustellen. Die Sozialdemokratie kann der Gestaltung der Dinge im Osten nicht ohne Sorge über die weitere Zukunft entgegensehen und sie muß dringend verlangen, daß die Neuordnung dort nicht etwa so durchgeführt wird, daß eine gefährliche Revanchestimmung entsteht. Schon in diesen Ausführungen Scheidemanns trat die Frage hervor: Soll die Politik durch die Gewalt oder soll sie durch die Vernunft geleitet werden? Nur wenn die im Osten neu entstehenden Staaten aus eigenem freien Willen ihr Leben entwickeln können, wird aus dem Friedensschluß Gedeihliches entstehen. Der Versuch, diese Verhältnisse mit der Gewalt zu beherrschen, müßte zu schwerem Schaden führen.

Zu der Rede des Reichskanzlers über die Weltanschauung konnte Scheidemann sich diesmal günstiger stellen als zu seinen früheren Erklärungen. Er forderte die wirkliche Sicherstellung der belgischen Selbständigkeit und bekämpfte scharf die Verfolgung annexionistischer Pläne im Westen. Würde ein Friede nach den Forderungen der „Vaterlandspartei" erstrebt und im Falle des Kriegsglücks erreicht, so könnte die Folge nur sein, daß gleich nach Friedensschluß Europa sich von neuem als ein furchtbares Militärlager darstellen und daß die Last der Rüstungen ganz ungeheuerlich werden würde. Eine Politik der militärischen Gewalt würde aber nur zur Folge haben, daß dann in der Tat bolschewikische Ideen in ganz Europa um sich greifen müßten. Wir sind die besten Patrioten, sagte Scheidemann mit Recht, wenn wir warnen, nur militärisch statt politisch zu denken. Ernste Worte richtete er an diejenigen, die das Evangelium der Macht vertreten, in diesem Zusammenhang auch an den Kaiser, dessen letzte Homburger Rede Anschauungen zeigte, die wir deutlich zurückweisen müssen.

Einen großen Teil der Rede Scheidemanns machte die Behandlung der Streikbewegung aus. Er stellte die Ursachen der Bewegung und das Maß der Beteiligung, das unsere Partei an ihr hatte, dar. Er hielt eine scharfe Abrechnung mit denen, die die Arbeiter unsinnig des Landesverrats beschuldigen, während sie selbst es waren, die durch ihr Treiben den Unmut in der Arbeiterschaft immer mehr gesteigert haben. Ueberaus eindringlich war Scheidemanns Nachweis, wie sehr die Reichsleitung, besonders der Staatssekretär Wallraf, durch die Ablehnung von Verhandlungen zur Zuspitzung der Situation, zur Verlängerung des Streikes und damit auch zum Hervortreten der höchst bedauerlichen Straßenexzesse beigetragen hat. Ueberall, wo die Behörden vernünftig mit den Arbeitern verhandelt und ihren berechtigten Beschwerden Entgegenkommen gezeigt haben, sei der Streik schnell und gut zu Ende gekommen. Aber in Berlin sei das System der Gewalt angewandt, sei Politik vom Militär überrannt worden. So führt überall, nach außen wie nach innen, der brutale Machtstandpunkt zu schwersten Schädigungen. Mit größter Schärfe wandte sich der Redner gegen die Leute, die mit der Peitsche und zuletzt mit Kugeln das Volk behandeln wollen. Die so denken und reden, sie sind der Auswurf des deutschen Volkes. Sie zeigen eine bodenlos verächtliche Gesinnung, die gebrochen werden muß.

Recht schwach war der Verteidigungsversuch des Staatssekretärs Wallraf. Er sprach, um seine Haltung zu rechtfertigen, nach berüchtigten Mustern von hetzerischen Flugschriften, die das Ausland einzuschmuggeln versuchte, und von dem Druck, der durch die Streikbewegung auf die Regierung habe ausgeübt werden sollen. Was es auf sich hat mit der Politik der Stärke, die gegen die Streikenden angewendet wurde, kann Herr Wallraf daraus ersehen, daß er den lauten Beifall der Konservativen und die volle Zustimmung des folgenden Redners, des konservativen Führers v. Heydebrand fand.

Herr v. Heydebrand hat, wenn wir nicht irren, während der ganzen Kriegszeit im Reichstag nicht gesprochen. Seine Domäne ist das preußische Dreiklassenhaus. Aber jetzt wurde er von seinen Freunden vorgeschickt, um gegen die gestrigen schweren Angriffe Payers zu kämpfen. Es läßt sich wahrlich nicht behaupten, daß er dabei erfolgreich gewesen wäre. An Heftigkeiten gegen Payer ließ er es nicht fehlen, er beschuldigte ihn, eine Agitationsrede gehalten zu haben und als einseitiger Parteimann aufgetreten zu sein. Es kennzeichnet die konservative Gesinnungsgröße, daß Herr v. Heydebrand in höchster Erregung sich beschwerte, daß ein Württemberger sich in die preußischen Dinge eingemischt hat, das hätte er „einem Preußen" überlassen sollen. Dies ist ein neuer Beitrag dafür, wie tief der Reichsgedanke in den preußischen Junkern wurzelt. Es ging bei der Rede Heydebrands überaus lebhaft im Hause her, seine konservativen Freunde begleiteten ihn mit viel Beifall, während er von der anderen Seite reichlich mit Zwischenrufen zugedeckt wurde. Schließlich nahm der Reichskanzler zu einer sehr kurzen Beschwichtigungsrede das Wort.

Jedenfalls hat die Politik der Gewalt an diesem Tage keine Lorbeeren geerntet.

Der dritte Tag

der großen Verhandlungen des Reichstags über die äußere und innere Politik führte die Debatte nicht eigentlich weiter. Im Mittelpunkt der Mittwoch-Verhandlungen stand wie am Dienstag der Friede mit Rußland, der Streik und die preußische Wahlrechtsreform. Als neues Thema wurde angeschlossen das Schicksal der deutschen Kolonien und unsere künftige Kolonialpolitik. Noch immer sind die Konservativen schwer gekränkt. Sie stellten zwar keinen Redner, aber ihre schlechte Laune kam in zahlreichen lärmenden Zwischenrufen zum Ausdruck, mit denen sie besonders den ersten Redner des Tags, den Volksparteiler Dr. Wiemer, bedachten. Er erregte besonders ihren Zorn, als er noch einige Blüten aus dem Garten des Herrn v. Oldenburg heraubrachte. In Sachen des Streiks suchte Herr Dr. Wiemer die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften herauszustreichen. Er bestritt vor allem, daß sie Streikunterstützung gewährt hätten. An ihrer Brauheit soll kein Zweifel mehr erlaubt sein. Der Redner der Nationalliberalen, Herr Dr. Stresemann, stellte sich in der Beurteilung der östlichen Fragen als neuer Zehnfel Annexionist heraus. Außerdem verlangte er stürmisch eine hohe Kriegsentschädigung von Rumänien und deutete an, daß es ihm nicht unlieb wäre, wenn auch von den anderen Gegnern eine große Entschädigung erzielt werden könne. Mindestens für die Zeit von Ende 1917 an, denn von da an sei die Reichstagsresolution vom 19. Juli von selbst außer Wirksamkeit getreten. Auch in der belgischen Frage gingen ihm die Aeußerungen des Reichskanzlers zu weit. Er trat wieder sehr lebhaft für die Flamen ein. Dagegen verdiente der Teil seiner Rede, der sich mit der inneren Politik befaßte, durchaus Anerkennung. Er trat mit allem Nachdruck für das allgemeine Wahlrecht in Preußen ein und konnte mitteilen, daß die ganze nationalliberale Reichstagsfraktion mit ganz wenigen Ausnahmen seinen Standpunkt teile.

Der Kolonialdirektor Dr. Solf entwickelte ein interessantes Kolonialprogramm. Er verlangte Sicherungen im Friedensvertrag gegen die Militarisierung Afrikas und gegen die Verwendung Farbiger im Kriege zwischen den weißen Rassen. Für die Unabhängigen sprach Abg. Haase. Er sah in dem Grafen Hertling nur ein Aushängeschild, während die wahre Regierung in den Händen der allmächtigen Militärpartei liege. Eingehend behandelte Haase den Berliner Streik.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des Zentrumsabgeordneten Erzberger, die im Hause mit Recht große Beachtung fand und ihren Eindruck auch auf die Rechte nicht verfehlen wird. Erzberger zeigte einmal an der Hand eines vielfach noch unbekannten Materials, vor allem an Verhandlungen des englischen Unterhauses, daß bei allen Parteien in England die Friedenssehnsucht wächst. Mit großem Geschick deckte Erzberger die dunklen Machenschaften auf, die sich vor allem in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten eines reinen Gewaltfriedens zeigen und schlimmer sind als die berüchtigten amerikanischen Pressesandale. Auch die gehässige persönliche Kampfesweise nagelte Erzberger mit gebührender Schärfe fest und lehnte es ab, sich mit solchem Pack und Gesindel vor Gerichte herumzuschlagen. Jedenfalls sei in dieser Stickluft das reinigende Gewitter der Payerschen Rede notwendig gewesen.

Am Donnerstag kommt als zweiter Redner unserer Fraktion Genosse Landsberg zum Wort.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180228/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG